

Veranstaltung in der Bayerischen Landesvertretung am 12. April 2011

Thema: Konzepte für die Zukunft

Da mir in den letzten Wochen sowohl die Konzepte für die Gegenwart als auch für die Zukunft in den beiden christlichen Parteien durcheinander geraten schienen, versprach die Veranstaltung in der Bayerischen Landesvertretung interessant zu werden.

Am Anfang standen zwei **Impulsreferate**, einer von Manfred Weber, Vorsitzender der CSU-Zukunftskommission gehalten, der andere von Herrmann Gröhe, Generalsekretär der CDU Deutschland.

Zunächst das Impulsreferat von Manfred Weber. Beiden Vortragenden ging es um eine wertebundene Politik, in deren Mittelpunkt die Familie als kleinste Zelle der Gesellschaft steht. Beide gaben aber zu, dass die Familie vor 100 Jahren, sogar noch in den 50ern andere Schwerpunkte hatte als heute Herr Gröhe, der Generalsekretär der CDU, hat mit seiner Frau, die nicht berufstätig ist, vier Kinder, wie er stolz und glücklich berichtete. Er bekennt sich aber zu der Wandlung in den letzten Jahrzehnten, dass für die Frauen die Kinder nur eine Option von mehreren ist. Besonders Frauen mit einer Universitätsausbildung verzichten häufig aus Karrieregründen auf Kinder und sogar auf eine Ehe. Aus diesem Problem erwächst die Forderung, die Berufstätigkeit der Frau in Einklang mit dem häufig vorhandenen Kinderwunsch zu bringen. Nach meiner Meinung war diese Frage in der DDR gelöst, wenn auch nicht zur Zufriedenheit. Aber die Schaffung von Kinderkrippen und Kindergärten, ein neues Markenzeichen der christlichen Parteien, ist für mich ein Zeichen einer späten Erkenntnis und deshalb nur ein Nachholebedarf. Wer die Kommunalpolitik in Neuenhagen verfolgt hat, muss bekennen, dass besonders unter Bürgermeister Klaus Ahrens die Politik der flächendeckenden Kindergärten konsequent verfolgt und unter seinem Nachfolger weitergeführt wurde.

Was ist aber nun konservativ? Wie steht es mit den Grünen in BW und dem designierten Ministerpräsidenten Kretschmann? Er ist grün, wie er sich aber in der Öffentlichkeit gibt, auch konservativ. Zur Definition: Konservativ sein bedeutet, nicht stürzen und zerstören, sondern bewahren. Konservativ heißt aber auch, nicht fortschrittsfeindlich zu sein und eine Änderungsbereitschaft zu zeigen. Die konservativen Inhalte werden wie folgt aneinander gereiht: Solidarität und Subsidiarität, Freiheit, Würde und Lebensschutz, im Mittelpunkt das christliche Menschenbild, die Integration in die deutsche Gesellschaft und die Anerkennung des Grundgesetzes und immer wieder erwähnt der Patriotismus. Interessant war der Hinweis, dass es in anderen europäischen Ländern mehr rechte Parteien als in Deutschland gäbe. Dazu

ein Hinweis zum Nachdenken: Wenn es eine linke Partei gibt, sollte es auch eine rechte geben, aber wie soll sie aussehen?

Konservativ bedeutet auch, in Generationen zu denken. Deshalb sollte ein Schuldenabbau Priorität haben. Besonders die CSU bedauert, dass die Ökologie den Konservativen von den Grünen streitig gemacht worden ist. Das zeigt die Debatte um die Kernkraftwerke.

Herrmann Gröhe bezeichnete gleich zu Anfang seines Referats die Bayerische Landesvertretung als Ort des unaufgeregten Nachdenkens. Freundlicher Beifall für die Bayern! Gröhe spricht von einem kraftvoll christlichen Menschenbild und betont das Heimatgefühl. Das Bekenntnis zur Tradition darf nicht fehlen einschließlich dem Bekenntnis zu den Regeln und den Institutionen. Die christlich demokratische Politik braucht einen Kompass wie in der Kommunalpolitik (Hinweis: Die Kommunalpolitik ist noch nie erwähnt worden!), Anderenfalls wäre sie nur reiner Pragmatismus! Wie wahr!

Die CDU steht wie die CSU an der Seite der Familie. Da sie sich geändert hat, vorwiegend durch die anspruchsvolle Berufstätigkeit der Frau, müssen auch die konservativen Politiker/Innen diese Veränderung zur Kenntnis nehmen.

Gröhe nahm dann zur Wehrpflicht Stellung, zu der die CDU nach wie vor steht, denn sie ist ein Grundpfeiler ihrer Politik. Eine wehrpflichtigen Armee ist eine Armee des Volkes, weil jeder Wehrpflichtige eingezogen wird. Diese Armee von wehrpflichtigen jungen Männern (und Frauen!) entspricht aber nicht mehr den neuen Gegebenheiten und den neuen Anforderungen, die Soldaten mit Professionalität erfordern (siehe Auslandseinsätze). Aber auch diese Armee dient der inneren und äußeren Sicherheit.

Anmerkung: die Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht zugunsten professionierten Freiwilligenarmee hätte hätte in jedem Ortsverband diskutiert werden müssen, weil es in beinahe jeder Familie in West und Ost einen Fall von Einberufung auch für den zivilen Dienst einschließlich der Bausoldaten in der DDR gegeben hat. Die Nichteinberufung von Wehrpflichtigen in diesem Jahr führt zu Verwerfungen in der Bereitstellung von Zivildienstleistenden, die besonders im Pflegebereich fehlen, und nur mit einer Ausbildungszeit von 6 Monaten, die für die Qualität der Ausbildung keinen Sinn ergeben, angelegt ist.

Die Energiepolitik wurde nur kurz gestreift, aber um so intensiver diskutiert und kritisiert. Hier scheint die politische Redlichkeit auf der Strecke geblieben zu sein. Hysterische Verdammnis und übertriebener Fortschrittsglaube kollidierten plötzlich, ohne die Bedeutung der Energie für den Industriestandort Deutschland ausreichend zu berücksichtigen.

Berechtigte Sorge besteht für einer weitere Teuerung alternativer Energiegewinnung, zumal die abgeschalteten Atomkraftwerke bereits ihre Zahlungen für die erneuerbaren Energien eingestellt haben. Dieser Fond war der Kompromiss für einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke. Klug gedacht, aber von den Grünen nie erwähnt, um das dumme Volk im Unklaren zu lassen und über die eigenen Ziele und ihre Folgen zu täuschen.

Der Begriff der Leitkultur, vor einigen Jahren von Friedrich Merz eröffnet und kontrovers diskutiert, ist nicht von Tisch. Sollte das Christliche abgeschafft werden, dann sollte man auch auf die christlichen Feiertage verzichten. Mein Hinweis auf die christlich-demokratische Politik unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, der ersten freigewählten Volkskammer der DDR, war die Wiedereinführung des von der SED abgeschafften 2. Osterfeiertags.

Einigkeit bestand darin, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört, wie es der neue CSU-Innenminister sagte. Im Zusammenhang mit der Immigration von Muslimen erwähnte Herr Gröhe Thilo Sarrazin und rief eine gewisse Unruhe hervor, die sich in und nach der Diskussion vertiefte.

Anmerkungen zu dem Klima in dieser Veranstaltung in der Bayerischen Landesvertretung:

Die Diskussionsbemerkungen aus dem Publikum ließen eine unüberhörbare Kritik an der CDU/CSU-Politik erkennen. Im Mittelpunkt der Diskussion, die aber nur eine halbe Stunde dauerte, standen die Abschaltung der Kernkraftwerke sowie das Moratorium, die Sorge um den Industriestandort Deutschland, die Integration besonders der türkischen Muslime und in diesem Zusammenhang die kritische Bemerkung des Generalsekretärs der CDU zu Buch von Sarrazin. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Publikum mehr erwartet hatte als geboten wurde. Vieles blieb unausgesprochen und gärt weiter.

Nach einem Vortrag gibt es immer wieder Gelegenheiten, das Gehörte zu vertiefen oder nachzufragen. So benutzte ich die Gelegenheit, Herrn Gröhe zu sagen, dass ich sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ mit Genuss gründlich über mehrere Wochen gelesen habe und deshalb sein abwertende Meinung nicht verstünde. Schließlich sei das Buch x mal verlegt worden, um den Bedarf (1,2 Millionen verkaufte Exemplare) der interessierten Bürger zu decken. Er machte sofort einen Rückzieher, weil Thilo Sarrazin (SPD!) nicht den Standpunkt der CDU vertrete! Da kann ich mir keinen Reim mehr machen! Ein weiteres Gespräch konnte ich mit dem Diskutanten führen, der sich kritisch zur Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland geäußert hatte. Wir waren einer Meinung!

Als Abschluss nehme ich Bezug auf einen Artikel in „Die Welt“ vom 11. April, in dem Thomas Schmid zu den siegreichen Grünen in BW deren Gesamtverantwortung in einer bisher sehr erfolgreichen Regierung kritisch bewertet. Dazu bewertet er die Parteien im Bundestag und macht Ausführungen dazu, die ich sofort verinnerlicht habe.

Die Grünen

„Was wollen sie mit ihrer neuen Kraft anfangen? Die Antwort fällt schwerer als die Grünen annehmen, die etwas trunken meinen, jetzt werde die Republik ergrünen.. Denn etwas unterscheidet sie von allen anderen Parteien: Sie sind die Partei des Dagegen, des Einspruchs, des Neins“.

„Die SPD,

die als geächtete und verfolgte Partei begann, sah sich dennoch von Beginn an auf der Siegerstraße. Sie setzte auf das große Schwungrad des Fortschritts, sie wollte für die Arbeiter Teilhabe am wachsenden Reichtum der Zeit.. So gesehen war sie eine Partei der Zustimmung, des Ja“.

„Die christlichen Demokraten

waren zwar stets zu skeptisch, um sich im Bunde mit geschichtsmächtigen Kräften zu sehen. Aber sie besaßen Wirklichkeitssinn, große antiutopische Kraft. Es ist, wie es ist: Mit diesem anthropologischen Realismus konnten sie sich zu Recht im Einklang mit der Mehrheit fühlen“.

Zum Schluss noch einmal die Grünen:

„Die Grünen zählen viele Lehrer als Mitglieder, auch daher hat die Partei einen stark schlaumeierischen, ja paukerhaften Zug. Grüne belehren gerne, sie neigen dazu, abweichende Meinungen – schon gar, horrible dictu, in der Atomfrage- in den Bereich des Unanständigen zu verstoßen.. Bleiben sie bei dieser Haltung, könnten sie ihr Ansehen rasch verspielen. Die Grünen müssen lernen, sich als normale, fehlbare Spieler auf dem politischen Spielfeld zu sehen und Fragen, nicht nur Antworten zuzulassen“.

Dr. Else Ackermann

Neuenhagen, den 13.April 2011